

# Dresdner Volkszeitung

Verlag: Dresden, Aden & Comp., Nr. 1268.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Stammsitz: Gebr. Arnhold, Dresden.

Abonnementpreis einschließlich Frachtkosten monatlich 27,00 M., durch die Post bezogen vierteljährlich 81,00 M., unter Kreuzband für Deutschland monatlich 49,00 M., Einzelnummer 1,50 M.

Schriftleitung: Wettinerplatz 10. Tel. 25281. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10. Tel. 25281. Geschäftszeit von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: die halbspaltige Nonpareilzeile 7,00 M., Familienanzeigen 5,00 M., die halbspaltige Reklamezeile 27,00 M. Bei mehrmaliger Aufnahme Ermäßigung. Anzeigen sind im Voraus zu bezahlen. Ohne Verpflichtung zur Aufnahme an vorgeschriebenen Tagen. Für Briefmarkenlegung 2 M.

Nr. 139

Dresden, Sonnabend den 17. Juni 1922

33. Jahrg.

## Scheidemann über die Lage

In einer überfüllten Versammlung sprach Genosse Scheidemann am Freitagabend vor den Berliner Parteigenossen. Scheidemann führte u. a. aus:

Der Feind der Republik steht da, von wo aus die S. P. D. jahrelang als innerer Feind bekämpft, bezwungen und gezwungen worden ist. Wir galten als Feinde des eigenen Landes, weil wir es wollten für alle schalten wollten, als ein Land der politischen Arbeit, des gleichen Rechtes und der wirtschaftlichen Gleichheit, als Land der Demokratie, die und Vorbereitung für den Sozialismus ist.

Unser Verbrechen bestand darin, daß wir am 9. November 1918 so feil u. als der Reichspräsident von Hindenburg unter Zustimmung der Reichsversammlung die Regierungsgeschäfte zu übernehmen. Aus dem kaiserlichen Deutschland schickte Herr Scheidemann, der den Reichspräsidenten absetzte, Herr Scheidemann, der den Reichspräsidenten absetzte, Herr Scheidemann, der den Reichspräsidenten absetzte.

Scheidemann kommt dann auf das Reparationsproblem zu sprechen. Ein Vorbild für uns ist die Erkenntnis in den meisten Staaten der Entente, daß das Versailles Diktat geändert werden muß, wenn der Weltfrieden hergestellt und gesichert werden soll. Das Diktat muß durch Verhandlungen mit Deutschland abgeändert werden, daß wir ihm aus freier Entscheidung zustimmen können. Erst dann wird das Diktat zum Vertrag, den wir erfüllen können und erfüllen werden.

Außerhalb der Regierung zu wirken, kann unter Umständen zur dringenderen Pflicht werden und auch besser sein im Interesse des Landes.

Scheidemann kommt dann auf das Reparationsproblem zu sprechen. Ein Vorbild für uns ist die Erkenntnis in den meisten Staaten der Entente, daß das Versailles Diktat geändert werden muß, wenn der Weltfrieden hergestellt und gesichert werden soll. Das Diktat muß durch Verhandlungen mit Deutschland abgeändert werden, daß wir ihm aus freier Entscheidung zustimmen können. Erst dann wird das Diktat zum Vertrag, den wir erfüllen können und erfüllen werden.

Scheidemann kommt dann auf das Reparationsproblem zu sprechen. Ein Vorbild für uns ist die Erkenntnis in den meisten Staaten der Entente, daß das Versailles Diktat geändert werden muß, wenn der Weltfrieden hergestellt und gesichert werden soll. Das Diktat muß durch Verhandlungen mit Deutschland abgeändert werden, daß wir ihm aus freier Entscheidung zustimmen können. Erst dann wird das Diktat zum Vertrag, den wir erfüllen können und erfüllen werden.

Scheidemann kommt dann auf das Reparationsproblem zu sprechen. Ein Vorbild für uns ist die Erkenntnis in den meisten Staaten der Entente, daß das Versailles Diktat geändert werden muß, wenn der Weltfrieden hergestellt und gesichert werden soll. Das Diktat muß durch Verhandlungen mit Deutschland abgeändert werden, daß wir ihm aus freier Entscheidung zustimmen können. Erst dann wird das Diktat zum Vertrag, den wir erfüllen können und erfüllen werden.

## Zur Leipziger Gewerkschaftswoche

Vor drei Jahren, Anfang Juli 1919, schloß der dritte deutsche Gewerkschaftskongress in Nürnberg die freien Gewerkschaften, die bis dahin in loserer Form unter der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands vereinigt waren, im Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbunde zu einem festgelegten organisierten Ganzen zusammen. In den Meinungskämpfen, die der Gründung des A. D. G. B. vorausgegangen waren, ging es hart auf hart. Die Opposition, in der Hauptache gebildet durch die der unabhängigen Sozialdemokratie angehörenden Abgeordneten unter Führung Dittmanns, ließ an dem Wirken der Generalkommission, besonders an ihrer sogenannten Kriegspolitik, kein gutes Haar. Aber die Leitung der deutschen Gewerkschaften setzte sich durch und behielt das Ruder der deutschen Gewerkschaftsbewegung fest in der beherrschten Hand. Aus den schweren Meinungskämpfen gingen die freien Gewerkschaften einiger und geschlossener als je hervor. Der stärkere Zusammenhalt der einzelnen Verbände im A. D. G. B. krönte das Nürnberger Werk.

In diesem Jahre wird nun in der kommenden Woche in Leipzig der elfte Kongress der Gewerkschaften Deutschlands zusammengetreten, der zum ersten Male zu prüfen haben wird, wie sich dieser Zusammenhalt bewährt. Darüber hinaus wird er den weiteren Ausbau, die weitere innere Festigung des stolzen Gebäudes zu prüfen und durchzuführen und seine Verbindung mit den freigewerkschaftlichen Organisationskörpern der Angestellten und Beamten zu vollziehen haben. Dann werden die freigewerkschaftlich organisierten schaffenden Kräfte des Volkes, zusammengesetzt in den drei getrennten Gewerkschaften der Arbeiter, der Angestellten und der Beamten, zu einer organischen Einheit und Kampfgenossenschaft zusammengeschlossen sein, zu einer Macht von rund 10 Millionen, hinter der, wenn man den Familienanhang der Mitglieder hinzurechnet, fast die Hälfte des ganzen deutschen Volkes stehen wird.

Vier wichtige Punkte bilden den Kern der Tagesordnung des Leipziger Kongresses: das Verhältnis zwischen Betriebsräten und Gewerkschaften, die Organisationsformen und Methoden der Gewerkschaftsbewegung, Arbeitsgemeinschaften und Wirtschaftsräte und das zukünftige Arbeitsrecht.

Den heutigen sogenannten Radikalen geht das, was auf dem Gebiete des Betriebsratens seit 1919 durchgeführt wurde, natürlich noch lange nicht weit genug. Sie überpurzeln sich geradezu in Anträgen, die über alle Tatsachen und Erfahrungen hinweg mit Hilfe der Betriebsräte am liebsten das ganze Wirtschaftsleben umkampfen möchten. Wenn in diesen Anträgen eine bessere Schulung und Ausbildung der Betriebsräte gefordert wird, so wird man den Antragstellern helfen können, ohne dabei freilich übersehen zu dürfen, daß die Ausbildungsmöglichkeiten schon jetzt ständig gesteigert und die Schulungseinrichtungen immer weiter ausgebaut worden sind. Aber gerade die Einbringung solcher Anträge und die Anerkennung ihrer Berechtigung zeigt am besten, wie einseitig es ist, wenn in einigen Anträgen nicht nur das volle Mitbestimmungsrecht im Betriebe, sondern auch die Ausstattung der Betriebsräte mit solchen Machtbefugnissen gefordert wird, daß der Unternehmer überflüssig werde. Derartige Forderungen wirken um so lächerlicher, wenn man weiß, daß die Arbeiter und Angestellten die Rechte und Befugnisse, die ihnen das Betriebsrätegesetz in seiner heutigen Form gewährt, in unzähligen Fällen noch nicht einmal richtig wahrzunehmen verstehen. Dazu müssen die Betriebsräte erst einmal erzogen werden, wenn an einem weiteren Ausbau des Gesetzes mit Erfolg gearbeitet werden soll. Der Gewerkschaftskongress, auf dem Clemens Röpke über diese Frage referieren wird, wird hoffentlich den „radikalen“ Halbstarcken keinen Zweifel darüber lassen, daß mit kommunistischen schönen Worten, die vielleicht politische und wirtschaftliche Rinder bestechen mögen keine erfolgreiche praktische Arbeit zu leisten ist.

Ueber Organisationsformen und Methoden der Gewerkschaftsbewegung wird Fritz Larnow sprechen. Um die Organisationsformen wurden in der deutschen Gewerkschaftsbewegung seit jenen schweren Kämpfen geführt. Die Frage, ob die lokale oder die zentrale Organisation gelten solle, wurde vom zweiten Gewerkschaftskongress 1896 in Berlin endgültig zugunsten der Zentralverbände entschieden. Die weitere Frage, ob die Berufs- oder die Betriebsorganisation die Grundlage für den Aufbau des Gewerkschaftsbundes bilden solle, ist durch die bisherige Entwicklung und durch die Ablehnung der für die Betriebsorganisation eingebrachten Anträge auf dem Münchener Gewerkschaftskongress 1914 im Sinne der Berufsorganisation entschieden worden, ohne oder lieber zur Ruhe gekommen zu sein. Dagegen geht die eben-

## Putzgerüchte

Die Dreißigkeit, mit der Genosse Scheidemann nach dem Scheitern der von der radikalen Presse verhängten Beschlüsse gegen den Empfang des Reichspräsidenten in Weimar, die Königsberger Hindenburg-Parade, der mit der Sommerzeit wieder einschneidende Arbeitervereinsumlauf, die nationalsozialistischen Rundgebungen, die für den Johannistag geplant sind — das alles hat Gerüchte aufkommen lassen, die von einem angeblich in abendlicher Zeit beschriebenen Briefwechsel ausgehen. Die Rede Fahren bringt in ihrer Freitagnummer einen langen Artikel, in dem sie von solchen Besprechungen berichtet, und die Freiheit enthält ebenfalls in ihrer getriggen Ausgabe eine lange Warnung, die auf die Gefahr einer Bartholomäusnacht, einer blutigen Nacht gegen die Führer der sozialistischen Parteien, aufmerksam macht. Es wird in diesem Artikel „von aut antworteter Seite“ geschrieben: Die Paraden und Hindenburg-Feiern sollen nicht nur Theater- und Dekorationsaufführungen, sondern eine wichtige Übersicht der bereits zu festen Verbänden zusammengeschlossenen Organisationen. Gleich an Mitglied reihe sich über Preußen und ganz Deutschland. Jede Abteilung hat ihre Begegnung: Ludendorff, Hindenburg, Vorbesitzer usw. Selbst unter Schutz sei in diesen Verbänden seit einiger Zeit. Alle „unliebsamen Personen“ seien in eine schwarze Liste eingetragen. Mit ihnen wird kurzer Vertrag gemacht. In der Johannistnacht würden die Gesamtverbände ihre letzten Parolen erhalten.

Aus Berlin wird dazu gemeldet, daß auf eine Anfrage im Reichskommisariat für die öffentliche Ordnung erklärt wurde, die Nachrichten seien weit übertrieben. Die reaktionäre Richtung sei allerdings außerordentlich tätig, und zwar unter Leitung der östlichen Gesichtspunkte. Auch der Staatsminister für öffentliche Ordnung hält einen Nachforschungs für ausgeschlossen. Ebenso wird die Behauptung bestritten, daß Regiments- und Offiziersvereine, Stahlbündnisse, jungdeutsche Orden und ähnliche Organisationen den Anstößen für ein der kommenden Monarchie dienendes Werk seien.

Uns erscheint es nicht gut, Warnungen vor reaktionären mit solchen Erklärungen abzutun. Ganz gewiß erscheint uns auch ein neuer Kopystreich unmahrscheinlich, denn da er die Beilegung der Verfassung zum Ziele haben müßte. Auch er auf den Widerstand der übergroßen Bevölkerung und wäre von vornherein zum Scheitern verurteilt. Trotzdem aber ist es nicht ausgeschlossen, daß politische Narren, schwärmerische Hysteriker, Lumpen und Schlingen mit dem Gedanken eines solchen Überfalls auf Republik, Demokratie und Sozialismus spielen. Die politische und menschliche Verantwortung trägt sich dagegen, an solche Pläne zu glauben, da jedoch sowohl der linkssozialistische wie der rechtssozialistische Klumpen und Wahnwitz im Laufe der letzten Jahre

mehr oder weniger Organe gefordert haben, sind Volkshäuserstreiche nicht unmöglich, und es wird gut sein, wenn sich die gesamte Arbeiterkraft zu allen Möglichkeiten rüftet und bereit hält, um einen etwaigen reaktionären Gemeinheitsbruch im Keime zu ersticken. Billig darf künftig den Rechtssozialisten kein Lederfall hingehen. Vor allen Dingen muß vor der Republik und ihren Vertretern gefordert werden, daß die Sicherung der Republik energischer und zielbewusster als bisher betrieben wird.

## Das Fragepiel der K. P. D.

Die aus Berlin berichtet wird, veröffentlicht die Zentrale der K. P. D. in der roten Fahne einen Aufruf an die sozialistischen Parteien Deutschlands und den Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund, indem diese gefragt werden, ob sie bereit seien, gegen die drohende Reaktion eine gemeinsame Abwehrfront des deutschen Proletariats zu bilden.

Die K. P. D. braucht ab und zu offenbar so ein kleines Frage- und Antwortspiel, um die Zeit auszufüllen und einfache Dinge noch mehr zu komplizieren. Es ist selbstverständlich, daß die übrigen sozialistischen Parteien eine gemeinsame Abwehrfront des deutschen Proletariats nicht nur für möglich, sondern für wünschenswert halten. Aber bisher ist eine solche gemeinsame Abwehrfront nie dauernd gewesen; sie scheitert immer an den von Moskauer Diktatoren geleiteten kommunistischen Führern. Für uns in Sachen bekommt die Anfrage der K. P. D. Zentrale einen besonders komischen Reiz, denn in Sachen hatten wir im Landtag eine gemeinsame Abwehrfront, in der die Kommunisten zwar dauernd eigenbrütelten, aber im Ernstfalle doch wieder in die gemeinsame Front gegen die Reaktion zur Unterstützung der sozialistischen Regierung einschwenkten. Bekanntlich sprengten die Kommunisten diese Front am Donnerstag, um Arm in Arm mit der Reaktion die sozialistische Regierung zu stürzen. Solange sich die Kommunisten zu solchen Verbrüderungen mit den ärgsten Arbeiterfeinden bereitfinden lassen, gibt es für uns auf die Anfrage der K. P. D. nur eine Antwort: Mit solchen Trübsätern und solchen Narren ist eine gemeinsame Abwehrfront auf die Dauer schwer möglich. Die deutsche Arbeiterkraft wird in den Gewerkschaften wie bei den nächsten Wahlen den kommunistischen Helfershelfern der Reaktion erst noch einige Male den Kopf richtig waschen müssen, ehe auf ihre Kumpelgehörigkeit Verlaß ist.

Um festzustellen, daß die Arbeiterkraft im Falle eines rechtssozialistischen Gewaltstreiches wie ein Mann aufsteht, dazu bedürfte es der Anfrage der K. P. D. Zentrale nicht erst.